

turbine

Mitteilungsblatt der DKP für VOITH-Beschäftigte

TURBINE Ausgabe Nr. 02

April 2005

Jahrgang 34

Die Arbeitsplätze - wo sind sie geblieben!

Keine Investitionen in Arbeitsplätze trotz gewaltiger Steuerentlastungen

Verkauft uns eigentlich die Regierung für dumm?. Schröder, Clement und Eichel samt ihren Olivgrünen Militaristen, samt der unchristlichen CDU/CSU, eine große Koalition gegen die arbeitende Bevölkerung. Auch der ehemalige Großbanker und jetzige Bundespräsident Köhler hat sich auf die Seite der Ausbeuter geschlagen. Für seine Attacke gegen das Volk hatte er sich ein gutes Forum, die Mitgliederversammlung der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BdA) ausgewählt. Dort lieferte er ab, was die Vertreter des Großkapitals bei ihm bestellt hatten. Die Unternehmenssteuern müssen gesenkt werden.

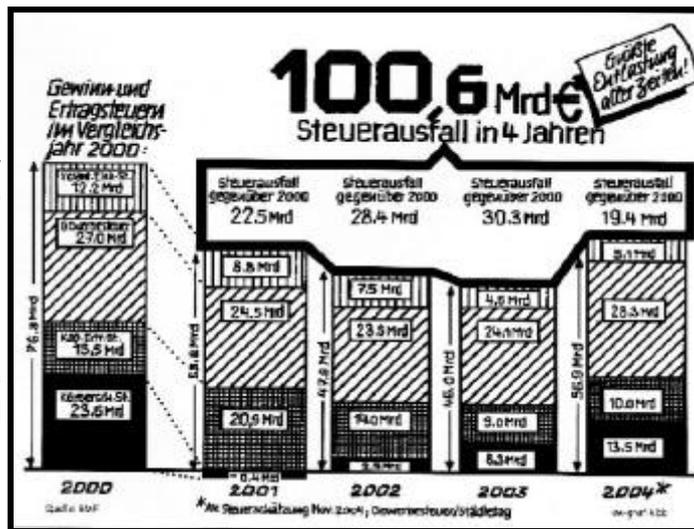
Zwei Tage später meldete die Bundesregierung und die Opposition gehorsamst den Vollzug. Von dem mit großem Tamtam zum Schicksalstreifen hochgejubelten „Job-Gipfel“ kam als einziges Ergebnis heraus:

die Unternehmenssteuern werden gesenkt. Die Politik der großen Koalition, die seit Jahren den Unternehmern und den Reichen das

werden Arbeitszeitverlängerungen ohne Lohn- und Gehaltsausgleich herausgepresst. Und nicht genug, die Produktivitätssteigerung pro Arbeitsstunde kassiert alleine der Unternehmer ab.

Die deutsche Politik wird geprägt von einer Hörigkeit gegenüber dem Diktat der profitbesessenen Multis. Die Vorstandsbezüge sind gegenüber 2004 im Durchschnitt um 11 Prozent gestiegen, sie liefern den besten Beweis dieser Hörigkeit. Und die Medien, sie sind zur Propagandamaschine des Neoliberalismus geworden.

Widerstand ist angesagt. Gewerkschaften und Betriebsräte sollten erkennen, dass eine „neue Sozialpartnerschaft“ in die Irre führt. Das eigene Programm, der eigene Widerstandswille gegen Arbeitszeitverlängerung und für Lohnerhöhungen ist das Rezept für die Zukunft.



Geld in den Hintern bläst, haben damit keinen einzigen Arbeitsplatz und kein einziges Promille an Wachstum geschaffen. Im Gegenteil. Aus den noch Beschäftigten

Kommt zur
Mai-Kundgebung

Konzerthaus
10.30 Uhr

UZ unsere zeit -die Maizeitung-
Sonderverkauf am Freitag, den 29. April 2005
um 1,- Euro an den Werkstoren bei VOITH

Arbeitsplätze - sichern
Arbeitszeit - verkürzen



DKP Stadtrat
Reinhard Püschel

Schlossberg für die Reichen?

Daß es möglichst zu keiner gegenteiligen Aussage kam, dafür sorgten Oberbürgermeister B. Ilg und Seminaris-Hotel-Chef G. Strube bei der Bürgerversammlung am 4. April 05 im Konzerthaus. Während Strube in seiner Rede, Leute „an die Wand stellen wollte“ und „Leserbriefschreiber“ deutlich brandmarkte, hatte OB Ilg wohl die Aufgabe, die Bürger in die Tasche zu stecken. Das Schlossberg-Projekt, so der Oberbürgermeister, kann nur erfolgreich sein, wenn die Bürger Heidenheims mitziehen.

Und wie die beiden den rund 500 Heidenheimern ihr Projekt aufdrückten war schon klasse vorbereitet.

Neben das Schloss Hellenstein soll Heidenheims bestes Hotel (3 bis 4 Sterne) bis zu 140 Betten, eine Gastwirtschaft mit Biergarten und eine Veranstaltungshalle mit 1250 Sitzplätzen emporwachsen. Von der Stadt unten aber kaum zu sehen. Einen kleinen Verständigungsfehler gab es trotzdem. Während OB Ilg den Seminaris-Chef als möglichen Betreiber vorstellte, lehnte der diesen Titel vorerst ab, meinte aber, daß Hotel, Stadthalle

und Gastwirtschaft nur unter einer Regie betrieben werden dürfen.

Die Bedenken einiger Bürger zur Verkehrssituation indes wurden zwar zur Kenntnis, aber erstmal nicht ernst genommen. Das zeigte die leicht aggressive und vor allem bestimmende Versammlungsleitung durch OB Ilg, der jede Frage aus dem Publikum lang und oft abweisend behandelte. So wurde z.B. Frau G. Päschen ans Mikrofon zurückgeholt und regelrecht bedrängt ihre Zustimmung zum Projekt zu bekunden. Sie hatte sich zuvor in einem Leserbrief kritisch geäußert. Nicht anders ging es dem Vertreter des Hotel- und Gaststättenverbandes Heidenheim. „War das eine Frage oder eine Feststellung“ wollte Strube mehrmals wissen. „Sie können wohl nicht rechnen...“. „Sie haben das Ganze nicht verstanden...“. Das müßten Sie doch wissen...“. Dabei wollte Herr Mönch nur wissen, woher Herr Strube die Zahl der Übernachtungen hernehme und ob die Heidenheimer Hotelbesitzer Nachteile erhalten würden? Kleinlaut war die Zustimmungserklärung von Günther Freudenmann (Grüne): „Die Unterschriftenaktion habe ihr Ziel erreicht“. Gegen das Schlossberg-Projekt

sprach DKP-Stadtrat Reinhard Püschel. Er und Stadtrat Uli Huber werden sich für die Stadthalle bei den Seewiesen aussprechen. So wie es der Gemeinderat am 03. April 2003 festgelegt hat. Für die Seewiesen spreche noch immer die Nähe zur Autobahn und den beiden Bundesstraßen. Überdies gibt es bei den Seewiesen genügend Parkplätze. Zudem würden sich die Stadthalle und das Landesgartenschau Gelände nicht nur ergänzen, beide würden voneinander auch profitieren. Die ganze Infrastruktur würde stimmen. Auch Püschels Redebeitrag kommentierte OB Ilg mit langen Worten, so daß sich der Stadtrat genötigt fühlte festzustellen: „Das ist doch eine Bürgerversammlung, wo der Bürger seine Auffassungen vertreten kann“.

Die DKP-Heidenheim bestätigt das, was GBH-Chef M. Griesinger in der Gemeinderatssitzung am 24.2.05 und HZ-Chefredakteur N. Pfisterer in der HZ vom 02.04.05 sagten: „Die Heidenheimer Firmen wollen das Schlossberg-Projekt!“ Püschel: „Die Reichen wollen auf dem Schlossberg für ihre Interessen Hotel und Stadthalle durchsetzen. Deshalb der plötzliche Sinneswandel von OB und Co. von der Seewiesen-Variante zum Schlossberg zu wechseln.“



Es ist nicht von der Hand zu weisen, Feinstaub durch den Auto-Reifenabrieb (Gummi und Asbest),

Auch Feinstaubbelastungen in Heidenheim?

Russpartikel aus Autoabgasen insbesondere bei Dieselfahrzeugen, sind die Hauptverursacher einer gesundheitsschädlichen und extrem krebserregenden Innenstadtbelastung. Der Einbau von Russfiltern in Diesel-LKW und Diesel-PKW ist sicherlich keine kommunale Aufgabe. Aber auch Kommunen

können nachhaltige Umweltpolitik, im Zusammenhang mit Feinstaub, betreiben.

Für Heidenheim muss wegen seiner verengten topographischen Situation hauptsächlich für den Innenstadtbereich der ÖPNV aus dem Umland deutlich und nachhaltig verbessert werden.

Auch die Zunahme des LKW- Durchgangsverkehrs durch Heidenheim wird immer unerträglicher.

Die Innenstadt von Heidenheim muss sauber bleiben. Deshalb muss der LKW-Durchgangsverkehr aus der Innenstadt, nicht nur allein wegen der Feinstaubbelastung, sondern grundsätzlich, verbannt werden.

(Fortsetzung auf Seite 3)

(Fortsetzung von Seite 2)

Nord- und Südumgehungen nützen nicht nur dem PKW-Verkehr, sie behindern wegen der unumgänglichen Steigungen auch den LKW-Fernverkehr. Auch der von der CDU-Ratsfraktion beantragte und vom Gemeinderat beschlossene Innenstadt-Tunnel verbessert Immissionen nicht. Der LKW-Stau im Innenstadt-Tunnel gibt seine Immissionen, weil das Nadelöhr Feuchtingersche Unterführung und Toten-

berg einen ungehinderten Abfluss des Verkehrsstroms nach Norden und Süden auf die B19 hin zu den Autobahnauffahrten behindert, in die Innenstadt ab.

Nichts gegen die Heidenheimer Gesundheitstage. Eine schöne und lebenswerte Stadt hängt eben nicht nur von plakativen Sprüchen, Vorträgen, Gesundheitswerbung und vieles mehr ab, auch die Kommunalpolitik ist hier nachhaltig gefordert. ★

„Klein Zürich“ Die Befragung der Stadt und der Wüstenrot Haus und Städtebau GmbH ein weiterer Skandal.

- nur von Mietern auszufüllen -

8. Halten Sie eine Sanierung bzw. Neugestaltung des Untersuchungsgebietes für erforderlich?

ja 1
nein 2

Ohne Rücksicht auf die GBH-Mieter in „Klein Zürich“ wird die Befragung auch an solche gerichtet, die bereits gekündigt aber noch nicht ausgezogen sind. Eigentlich eine skandalöse Unverfrorenheit. Die Mieter von „Klein Zürich“ zuerst durch Massenkündigungen aus ihren Wohnungen zu vertreiben und dann den Rest zu befragen, ob sie eine Sanie-

rung bzw. Neugestaltung für erforderlich halten. Auch die Fragestellung an sich ist skandalös. Ist es gleichzeitig möglich einerseits für eine Sanierung zu stimmen und gleichzeitig auch einer Neugestaltung zuzustimmen, die auch den Abriss beinhalten könnte. Eine billige Fangfrage, die einer seriösen Befragung fremd sein sollte.

Und weiter in der Befragung: Wie müssen sich ausländische Mitbürgerinnen oder Mitbürger bei der Beantwortung der Frage nach den hauptsächlichen Ursachen für die Beeinträchtigung wegen eines zu hohen Ausländeranteils fühlen? Eine Fragestellung die kein Fingerspitzengefühl erkennen lässt.



„Möge dieser Stein zum ewigen Gedenken an einen mutigen Widerstandskämpfer dienen“

Diese Worte sprach Rudolf Frey, Vorsitzender der VVN-BdA Heidenheim und vormals Mitglied der KPD später der DKP bei der Enthüllung des Georg Elser Gedenksteins am 29. Oktober 1972

Am 9. April 1945 wurde der mutige Widerstandskämpfer im Konzentrationslager Dachau von den Nazis ermordet.

Am Sonntag, den 10. April 2005 zum 60. Jahrestag der Ermordung veranstaltete der Georg-Elser-Freundeskreis mit den Schriftstellern H.G. Haasis und U. Renz eine Gedenkfeier. Die Feier in Schnaitheim wurde von Harry Berger, Saxofon umrahmt.

Nicht erst seit der Gründung des Georg-Elser-Arbeitskreises stand für die Initiatoren des Georg-Elser-Gedenksteins in Schnaitheim, den damaligen Mitgliedern der VVN-BdA und ehemaligen KPD Mitgliedern, insbesondere dem Freund Elsers, Alfred Schurr fest, Georg Elser war keine Marionette des NS-Regimes, sondern ein Mann im antifaschistischen Widerstand. Im Anschluss fand in der Georg-Elser-Gedenkstätte in Königsbronn eine Führung durch Herrn Ziller, Gemeinde Königsbronn, statt. Wie schwer es für die Königsbronner war, ihrem Elser ein würdiges Gedenken zu schaffen, wurde von Herrn Ziller sehr plastisch herausgearbeitet. Die daran anschließende Aussprache im Gasthaus Rössle bot die Gelegenheit mit den Verfassern von Elser-Schriften, Haasis und Renz ins Gespräch zu kommen.



60 JOURS À CLICHY



In unserer Partnerstadt Clichy ist vieles in Bewegung. Demonstrationen gegen die EU-Verfassung, gegen den Abbau sozialer Rechte und gegen die Verschlechterung der Lebensverhältnisse in allen Bereichen lässt die Franzosen enger zusammenstehen. Auch ihr Widerstand gegen die Verlängerung der Normalarbeitszeit über die 35 Wochenstunden hinaus löste energische Proteste in ganz Frankreich aus. Lernen wir von den Franzosen!



Grenzüberschreitend: „Nein“

Große Übereinstimmung für ein „Nein“ zum EU-Verfassungsvertrag herrschte auf einer grenzüberschreitenden Zusammenkunft in Audun-le-Tiche der Kommunistischen Parteien aus Frankreich, Luxemburg und Deutschland. Auch in unserer Partnerstadt ruft die Französische Kommunistische Partei auf, bei dem in Frankreich am 29. Mai 2005 den Bürgerinnen und Bürgern zugebilligten Referendum zum EU Verfassungsvertrag mit „Nein“ zu stimmen.

„Wir Kommunisten sagen Ja zu einem demokratischen, sozialen und friedlichen Europa, aber wir rufen dazu auf, gegen den Verfassungsvertrag zu stimmen, da er das Gegenteil dieser Werte ist“. Das stellte Daniel Cirera, Mitglied der Exekutive der Französischen Kommunistischen Partei (PCF), anlässlich einer öffentlichen Aufklärungsversammlung in Audun-le-Tiche fest.

Das Volk in der BRD hat nichts zu melden. Eine Volksabstimmung, wie bei unserem Nachbar Frankreich und in unserer Partnerstadt Clichy beweist eine höhere demokratische Qualität.



Von links die Teilnehmer der Konferenz: A. Moses u. H. Bernhard (DKP), R. Tirlicien u. D. Cirera (PCF), A. Ruckert (KPL), Ch. Félici (PCF) und L. Schueffer (PCF-Bürgermeister der Gemeinde Audun-le-Tiche)

Ostermarsch in Ellwangen



Bei den traditionellen Ostermärschen der Friedensbewegung haben in 65 deutschen Städten über 30 000 Menschen gegen Krieg, Sozialabbau und gegen die militaristische EU-Verfassung demonstriert.

„Wir wollen eine friedliche Welt“. Deshalb sind die friedensbewegten Menschen aufgerufen, gemeinsam mit den Gewerkschaften am 1. Mai für diese Ziele zu demonstrieren. Unser Foto zeigt Ellwangen, wo rund 200 Menschen am Ostermarsch teilnahmen.